

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	17. Sitzung Hauptausschuss
	Termin:	8. November 2016, 16:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Großer Sitzungssaal, Rathaus Marktplatz
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

1.

Punkt 1 der Tagesordnung: Stadtteilbezogene Analyse der polizeilichen Kriminalstatistik

Vorlage: 2016/0509

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die stadtteilbezogene Analyse der polizeilichen Kriminalstatistik zur Kenntnis.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und verweist auf die entschuldigt fehlenden Mitglieder des Hauptausschusses. Er weist auf den nachgetragenen Tagesordnungspunkt 13.1 hin.

Nachdem er die Beschlussfähigkeit des Ausschusses festgestellt hat, ruft er Tagesordnungspunkt 1 zur Behandlung auf.

Frau Dr. Wiegelmann-Uhlig (AfStA) erläutert anhand einer Präsentation die Analyse der Kriminalstatistik. Dabei erklärt sie, dass der Anstieg der Straftaten in Karlsruhe auch im Vergleich mit anderen Städten wie Mannheim oder Heidelberg stark angestiegen sei. Sie verweist dabei auf einen starken Anstieg von Diebstahlsdelikten im Stadtgebiet. Ebenso hebt sie den Anstieg an Rohheitsdelikten hervor, welche die Bevölkerung in besonderem Maße spüren würden. Sie verweist auf die ausführlichen Unterlagen und bedankt sich für die Aufmerksamkeit der Anwesenden.

Stadtrat Marvi (SPD) beschreibt die Besorgtheit der SPD-Gemeinderatsfraktion bezüglich der Kriminalitätsentwicklung in Karlsruhe. Eine Diskrepanz zwischen empfundener Sicherheit und tatsächlicher Sicherheit sei nicht mehr gegeben. Daran sei nichts zu beschönigen. Jedoch müsse man sich nun darauf konzentrieren, was man hier tun könne. Mit dem Ausdruck der „Ausländerkriminalität“ müsse man vorsichtig umgehen und stets darauf hinweisen, dass hierbei Menschen gemeint seien, die ihren Wohnsitz nicht in Karlsruhe hätten. Ebenso dürfe auch die Polizei nicht in ein schiefes Licht gerückt werden, da die Polizei eine gute Arbeit leiste. Dies sei im Kontext einer Großstadt zu sehen. Hierbei liege Karlsruhe mit der Kriminalitätsrate sehr nahe an der vergleichbaren Stadt Mannheim.

Die größte Problematik verberge sich hinter den Möglichkeiten, die eine Kommune habe. Es sei nicht Aufgabe der Kommune einen Polizeiersatz aufzubauen. Strafverfolgung gehöre in

die Hand der Polizei. Der geeigneter Weg sei es auf Prävention zu setzen und die sozialen Brennpunkte zu deeskalieren. Man dürfe nicht die Aufgaben falsch interpretieren.

Stadtrat Pfannkuch (CDU) schließt sich seinem Vorredner an, dass man sich Gedanken machen müsse, inwieweit man Möglichkeiten habe, auf die Kriminalität in Karlsruhe Einfluss zu nehmen. Besonders betont er die Brisanz des Themas der „Ausländerkriminalität“. Es sei nicht richtig, diesen Teil der Kriminalität auszublenden, dennoch müsse man das Thema vorsichtig behandeln. Der Faktor der Präsenz sei sehr wichtig für das Sicherheitsempfinden der Bürger, ebenso wie für die Verhinderung von Straftaten als Prävention. Ob diese Präsenz von Mitarbeitern der Polizei oder des KOD ausgehe, sei dabei unerheblich. Die Forderung von 800 Stellen für den KOD sei eine Unzumutbarkeit für die Mitarbeiter des KOD, da dadurch ihre Arbeit nicht wertgeschätzt werde. Nun sei zu beobachten, inwieweit man mit den zur Verfügung stehenden Kräften zu Recht komme. Die CDU-Fraktion werde, falls nötig, im nächsten Doppelhaushalt nachsteuern.

Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE) dankt zunächst dem Amt für Stadtentwicklung für die Analyse. Sie stellt die Schwierigkeit dar, mit dieser Problematik umzugehen. Die Zunahme der Bandenkriminalität sei besorgniserregend, jedoch müsse man mit dieser Problematik leben, da diese ein Nebenprodukt der Globalisierung und der Grenzöffnung sei. Den Generalverdacht auf Ausländer auszuüben sei der falsche Weg, auch hier gebe es große Gruppen, die nicht straffällig werden. Eine Schaffung von Konzepten zur Integration und Beschäftigung der Flüchtlinge sei notwendig.

Das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger sei auch durch herumliegenden Müll und ähnliches beeinflusst. Hierbei handle es sich aber um keine Straftaten. Um die Zahl der tatsächlichen Straftaten zu senken, sei eine enorme Erhöhung der Mitarbeiter des KOD nicht sinnvoll. Es müsse auf Prävention gesetzt werden, hier seien die Ausarbeitung von Lichtkonzepten und die Aufklärung der Bürger geeignete Mittel. Jeder müsse aber auch Verantwortung übernehmen, um sein eigenes Hab und Gut zu schützen. Mit Hilfe der stadtteilbezogenen Analyse könne man jetzt für jeden Stadtteil die spezielle Problematik feststellen und gegebenenfalls verhindern.

Stadtrat Wohlfeil (KULT) schließt sich ebenfalls Stadtrat Marvi an, es sei Aufgabe des Landes, die Verbrechen in Karlsruhe zu verhindern. Allerdings müsse auch das Land sparen und daher bleibe abzuwarten, welche Hilfe das Land leisten könne. Bezüglich Ausländerkriminalität dürfe man nicht die friedlichen Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund mit den kriminellen Banden verwechseln. Hinsichtlich der Ausführungen der CDU hätte es auch schon Studien gegeben, welche belegten, dass sich das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger verschlechtert habe, obwohl die tatsächliche Sicherheitslage besser geworden sei.

Die Reaktion der Stadt auf die Kriminalstatistik solle sich nur auf die tatsächlichen Straftaten beziehen und nicht auf das Sicherheitsgefühl der Menschen, bei welchem weitere Faktoren, wie Verschmutzung oder Berichte in den Medien, eine Rolle spielten. Das Thema KOD werde im Haushalt ausführlich diskutiert werden, weshalb er hier nicht weiter darauf eingehen wolle.

Stadtrat Bernhard (AfD) betont mehrfach, dass die Gewährleistung der Sicherheit der Bürger Aufgabe des Staates sei. Das gesunkene Sicherheitsempfinden der Bürger sei nun nicht mehr auf Verschmutzungen oder ähnliches zurückzuführen, durch die Analyse sei klar, die

Sicherheitslage der Stadt Karlsruhe habe sich verschlechtert. Er hebt die enorme Steigerung der Kriminalitätsrate hervor und verweist mehrfach auf den Anstieg von acht Prozent innerhalb eines Jahres. Er stellt die Frage, in welchem Ausschuss und zu welchem Zeitpunkt über das Thema gesprochen werde, um Wege zu finden, der Entwicklung der Statistik entgegenzuwirken. Dabei verweist er auf den Antrag der AfD, um mehr Stellen für den KOD zu schaffen, kritisiert jedoch die Forderung der KULT-Fraktion nach 800 neuen Stellen. Die Hauptfrage werde nun sein, was man als Kommune tun könne. Hierzu bittet er auch um Aufklärung, ob die Stadt an das Land herantreten werde, um Unterstützung zu erbitten. Ebenso seien die 20 von der AfD beantragten Stellen für den KOD nur eine Notmaßnahme. Bezüglich der Kriminalität müsse mit dem Innenministerium gesprochen werden. Ob dies geschehe, wäre seine Frage an die Stadtverwaltung.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke) fragt nach, ob in der Statistik auch die soziale Zusammensetzung der Straftäter erfasst sei und wieso überhaupt eine Unterscheidung zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen gemacht werde, da beide vor dem Recht gleich wären. Ebenso sei eine Statistik über den Verstoß gegen das Asylrecht kaum von einem Deutschen zu begehen. Daher zweifle er die Sinnhaftigkeit einer Unterscheidung zwischen Deutschen und Ausländern an. Bei den Fahrzeugdiebstählen, den Straftaten gegen das Leben, den Verbrechen gegen die sexuelle Selbstbestimmung und den Rohheitsdelikten wären die meisten Straftaten von Deutschen begangen worden. Er wolle darauf aufmerksam machen, dass manchmal auch soziale Umstände zu Verbrechen führen könnten. Bei einem Mangel von differenzierten Analysen der sozialen Strukturen der Täter könne es zu einem Generalverdacht kommen, welcher den Bürgern nicht gerecht werde und das Problem nicht effektiv bekämpfe. Er bitte um eine genauere Analyse, welche auch die sozialen Aspekte berücksichtige.

Stadtrat Hock (FDP) betont, es sei dringend notwendig, die nächste Debatte über die Sicherheit der Stadt Karlsruhe im Gemeinderat zu führen. Danach bedankt er sich bei der CDU-Fraktion für ihre Forderung nach aktiven Maßnahmen gegen die Entwicklung der Kriminalität. Die Sicherheitslage könne für keinen der Anwesend wünschenswert sein. Es sei unerlässlich den KOD aufzurüsten, auch wenn es schwerfalle. Seine Fraktion habe bereits den Oberbürgermeister angeschrieben, um diesen zu bitten, Forderungen nach mehr Polizeibeamten mit dem Land zu besprechen. Der Wunsch nach mehr Polizei innerhalb der Stadt sei verständlich, könne jedoch kurzfristig nicht umgesetzt werden. Man könne sich nicht länger hinter Statistiken verstecken sondern müsse handeln, auch seine Fraktion habe diesbezüglich ihre Meinung ändern müssen.

Stadtrat Kalmbach (GfK) bedankt sich zunächst für die Statistik. Er erbittet mehr Informationen bezüglich der Unterschiede zwischen Karlsruhe und den anderen Städten. Woran könne es liegen, dass Karlsruhe eine negativere Entwicklung erlebe. Die Art der Forderungen der Maßnahmen sei sehr typisch. Man solle jedoch bedenken, dass man mithilfe der neuen Analyse stadtteilbezogene Lösungen finden könne. Für jeden Stadtteil seien die Hintergründe der Zahlen herauszufinden, um später auf die notwendigen Maßnahmen schließen zu können. Er rate auch zu einem überlegten und nicht zu schnellen Vorgehen, da sonst die falschen Lösungen gefunden werden könnten. Den Vorschlag, zunächst einige Maßnahmen gegen spezielle Straftaten in speziellen Stadtteilen über zwei bis drei Jahre durchzuführen, um Erfahrungen zu sammeln, unterbreitet er am Schluss.

Stadtrat Schmitt (parteilos) stellt fest, er würde hier für die Allianz für Sicherheit stehen und hätte leider nicht an der Diskussion teilnehmen können. Das würde er in den Haushalts-

beratungen tun. Anschließend bedankt sich beim Amt für Stadtentwicklung, da dieses den Vorschlag der Allianz für mehr Sicherheit aufgegriffen habe, die Straftaten nach Stadtteilen zu differenzieren. Weiter bedankt er sich bei der Polizei und dem Kommunalen Ordnungsdienst für die Bereitstellung der Daten. Er unterbreitet noch den Verbesserungsvorschlag, die plakative Darstellung der Straftaten in den einzelnen Stadtteilen mit einer anderen Darstellung zu ergänzen. Diese würde dann auch dem Amt für Stadtentwicklung zur Verfügung gestellt werden.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass Stadtrat Schmitt an der Diskussion teilnehmen könne und bemerkt, dass Stadtrat Schmitt hier als parteiloser Stadtrat stehe und nicht für die Allianz für Sicherheit.

Stadtrat Wenzel (FW) spricht die Wichtigkeit des Themas der Kriminalität an und betont, es müsse nun gehandelt werden. Dafür seien einige Anträge im Haushalt vorgeschlagen und er hoffe, dass auch die CDU-Fraktion diesem Empfinden nachgehe. Eine Erhöhung der Landespolizei sei nicht möglich, da dies eine Aufgabe der Landespolitik sei. Man könne jedoch Stellen im KOD schaffen, die auch benötigt würden. Er regt an, das Thema auch im Gemeinderat zu diskutieren und dies nicht auf den Haushalt zu beschränken. Die Statistik sei ein guter Schritt, für den er sich bedanken wolle. Man könne anhand der Statistik erkennen, dass viele der Straftaten in der Innenstadt begangen würden. Von wem sie begangen würden, würde keine Rolle spielen. Die Bürger erwarten eine Reaktion des Gemeinderats und diese Reaktion müsse erfolgen. Ansonsten befürchte er, dass die Bürger sich des Problems selbst annehmen werden. Dafür wären jedoch die Polizei und der KOD zuständig.

Der Vorsitzende merkt an, die Anzahl der Straftaten in Karlsruhe sei keine untypisch hohe Zahl. Karlsruhe sei mit einem niedrigeren Straftatsniveau gestartet als andere Städte und daher wirke sich der Anstieg prozentual stärker aus. Es sei anhand der Zahlen nicht darauf zu schließen, dass ein hoher Ausländeranteil auch zu einer hohen Kriminalitätsrate führe. Heilbronn und Pforzheim hätten beide eine niedrigere Zahl von Verbrechen und gleichzeitig einen höheren Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund, mit größeren sozialen Brennpunkten. Es sei auffällig, aber bekannt, dass die Kriminalität entlang der Rheinschiene stets höher sei als im Landesinneren.

Ihm sei es besonders wichtig, auf die Verteilung der Straftaten auf die jeweiligen Untergruppen aufmerksam zu machen. Gewaltkriminalität sei in Karlsruhe auf dem Niveau anderer Städte; auch die Zahl der Sachbeschädigungen sei nicht auffällig hoch. Die Zahlen der Statistik könnten nicht das subjektive Sicherheitsempfinden darstellen, da die Bürger bei der getätigten Umfrage keine Gewalttaten als Grund für Unsicherheit angegeben hatten, sondern alkoholisierte Jugendliche und Verschmutzungen. Die Zahlen würden bestätigen, dass die Sicherheit schlechter geworden sei, jedoch nicht die Beobachtungen der Menschen, aus denen sich die erhöhte Unsicherheit ergebe. Natürlich würde auch eine häufige Berichterstattung über Gewaltverbrechen zu einer Verschlechterung des Sicherheitsgefühls führen.

Er schlägt vor, Herrn Rüttler zu bitten, seine Sicht der Dinge darzustellen. Auch solle beim nächsten Gespräch mit der Polizei über Möglichkeiten der Stadt bei der Bekämpfung von Kriminalität gesprochen werden. Zum Punkt der organisierten Bandenkriminalität leiste die Polizei eine sehr gute Arbeit und habe die Einbruchszahlen auf ein niedrigeres Niveau gebracht, durch Einsatz der hierfür gegründeten Sonderermittlungsgruppe. Die Stadt könne im Zuge der Haushaltsdebatten noch Vorschläge diskutieren. Diese Thematik würde auf jeden

Fall in das nächste Gespräch mit der Polizei getragen werden, sodass zu jeder Straftat und zu jedem Stadtteil soziale Probleme und Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt werden können. Das Ergebnis dieses Gesprächs würde den Stadträten mitgeteilt werden. Zu der Bitte von Stadtrat Fostiropoulos erklärt er, der Polizei sei es nicht möglich, bei einer solchen Statistik noch eine Analyse der sozialen Begebenheiten der Täter zu erstellen. Falls es auf Bundesebene eine solche Erhebung gebe, würde es den Stadträten ebenfalls mitgeteilt werden.

Herr Rüttler (Kriminalpolizeichef) erklärt, die Steigerung der Kriminalität in Karlsruhe liege zu einem Teil an der Attraktivität der Stadt. Diese Attraktivität rühre vom Wohlstand der Stadt her. Ein anderer Teil sei durch die importierte Kriminalität gegeben. Diese Täter, meist Banden, seien nur auf der „Durchreise“. Die Steigerung der Verkehrstoten sei ein Indiz dafür, dass die Menschen sich über manche Risiken keine Gedanken machen würden. Das Risiko des Autofahrens nehme jeder auf sich, ohne groß nachzudenken. Kriminalität sei überall und allumfassend. Sie sei nicht mehr zu verhindern sondern nur noch einzudämmen.

Er erklärt, die Ausbildung eines Polizeibeamten benötige fünf Jahre. Daher sei eine schnelle Reaktion seitens der Polizei oder des Landes durch Erhöhung der Polizeipräsenz nicht möglich. Ebenso bemerkt er, durch die Vergnügungsmeile in Karlsruhe seien in der Nachtzeit viele Einpendler in Karlsruhe unterwegs. Diese Einpendler hielten sich in Karlsruhe auf und verübten Straftaten, obwohl sie aus der umliegenden Region oder dem nahen Frankreich kämen. Niemand würde so viel Polizeipräsenz wollen, dass alle Straftaten eingedämmt werden können. Er bittet darum, nicht auf dem Rücken der Polizei parteipolitische Auseinandersetzungen auszutragen.

Zu der steigenden Vermisstenzahl erklärt er, diese steige proportional mit der Demenzrate. Auch Jugendliche aus Jugendheimen, die nicht zu der verabredeten Zeit zurück im Heim seien würden als vermisst gelten. Die Vermisstenzahl benötige einer genaueren Analyse. Zur Relation zwischen Alter, Geschlecht und Straffälligkeit bemerkt er, dass z. B. 88jährige Bürger weniger oft straffällig werden als 18jährige. Es gelte den Blick auf die Ursachen der Kriminalität zu werfen. Diese sei Bildung, Betreuung und „Streben nach Glück“. Ein perspektivloser Mensch, der jeden Tag mit dem Reichtum anderer konfrontiert sei, wolle auch etwas davon abhaben. Das sei ein normaler Mechanismus in der menschlichen Psyche. Bei der Rauschgiftkriminalität handle es sich um eine Hohlkriminalität, da es keinen Geschädigten gebe. Diese würde von der Polizei nicht erkannt werden, wenn nicht Anwohner die Polizei verständigen würden.

Herr Rüttler bittet darum, Floskeln, wie den KOD „aufzurüsten“, zu unterlassen. Eine Aufrüstung des KOD sei nicht möglich, da sonst der KOD ab 22:00 Uhr in Zugstärke Streife gehen müsse. Das liege nicht im Interesse der Bürger. Daher sei es wichtig, sich für Nachbarn und andere Mitbürger zu interessieren, also die 110 zu wählen sobald man etwas Verdächtiges beobachte. Er könne nicht versprechen, dass innerhalb von 3 Minuten eine Streife vor Ort sei. Es sei aber eine Chance zu handeln. Zum Anstieg der Einbruchszahlen ergänzt er, hierbei seien bereits die 40 % der nur versuchten Einbruchsdelikte aufgenommen. Diese würden gleichwertig wie ein erfolgreicher Einbruch gewertet.

In allen Bereichen der Straftaten befinde sich die Polizei zurzeit noch nicht auf den Werten des vergangenen Jahres. Die erhobene Statistik betrachte die Vergangenheit. Das dürfe bei der Betrachtung der Zahlen und derer Interpretation nicht vergessen werden. Genaue Zahlen zu jedem Viertel- oder Halbjahr könne man leider nicht liefern. Zusätzlich müsse beachtet

werden, bei der Polizei komme es vor, dass ein Fall auch erst im Folgejahr aufgeklärt werde. Dieser werde aber nicht mehr aus der Statistik der ungelösten Fälle des letzten Jahres gestrichen. Zwischen Lebenswirklichkeit und Statistik müsse immer unterschieden werden. In die Bevölkerung und in die Jugend einer Gemeinde müsse investiert werden, um präventiv Straftaten vorzubeugen. Dies sei um den Faktor 7 oder 8 günstiger, als durch Polizeieinsätze die Folgen zu bekämpfen. Er bedankt sich abschließend für die Aufmerksamkeit.

Der Vorsitzende dankt Herrn Rüttler und erwähnt noch einmal das Thema des Polizeigesprächs. Er erbittet sich eine Einschätzung der Polizei, inwieweit die Stadt gegen kriminellen Strömungen, wie Banden, vorgehen könne.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen stellt er die Kenntnisnahme des Berichts fest, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Schluss der öffentlichen Sitzung: 17:32 Uhr

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
22. November 2016